fahren angeht, ebenso wie Herr Sobernheim, dem gelobten Lande entstammen. Beide scheinen zur Sicherung des um seine Existenz ringenden Deutschtums daher nicht ganz besonders geeignet. Die Stellungnahme des Professors Bonn zu den Reparationsfragen deckte sich schon vor Jahresfrist nicht einmal mit dem, was man von einem ganz gemäßigten, aber deutschen Manne verlangen muß. Seine Entsendung würde daher nationalen Selbstmord bedeuten, nicht einmal nur für die deutsche Landwirtschaft, sonden auch für das ganze deutsche Volk. Videant consules!

•

Nach Aufgabe des passiven Widerstandes. In der „D. A. Z." (Nr. 473. — 12. 10.) fordert eine Zuschrift „aus führenden Gewerkschaftskreisen", den Franzosen und Belgien müsse erklärt werden, daß Kriegskontributionen vorläufig nicht geleistet werden könnten. Vor allem aber müsse eine Bewegung zur Befreiung der Ruhrgefangenen eingeleitet werden.

•

Franzosen und Zehnstundentag. Nach dem „L. A." (Nr. 755. — 11. 10.) sind auf einer Zeche die in französischen Diensten stehenden Arbeiter, die sich weigerten, zehn Stunden zu arbeiten unter Entziehung der Mittagskost eingesperrt worden.

•

Der Fachmann. In der „Berliner Volkszeitung" (Nr. 484. — 16. 10.) meint ein Hilfsbankbeamter, auf Grund der Ernte sei nichts gesicherter als das gute Geschäft der Produzenten. Die landwirtschaftlichen Vertreter hätten ja schon indirekt das Schreckbild an die Wand gemalt, daß das Volk bei gefüllten Scheunen verhungern könne. Die Preise müßten rücksichtslos heruntergesetzt werden und die Regierung müsse dafür sorgen, daß jedem Staatsbürger sein notwendigster Anteil an der Nahrungsmittelmenge tatsächlich zugeführt werde.

•

Mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Produktion abgeliefert! Die „Schlesische Zeitung" (Nr. 486. — 16. 10.) bringt eine Zuschrift vom Schlesischen Landbund, in der ausgeführt wird, daß die Landwirtschaft noch nie soviel Erzeugnisse überstürzt auf den Markt gebracht habe, wie in diesem Jahre. Ein großer Teil der Landwirtschaft sei durch die Einführung der „Goldrechnung" für die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel und durch die ungeheuren Steuern gezwungen worden, die Hälfte und mehr ihrer ganzen Produktion schon jetzt abzuliefern. Es sei also nichts unsinniger, als den aus dem Zusammenhang gerissenen Ausspruch des Grafen Westarp, daß wir ohne wertbeständiges Geld bei vollen Scheunn verhungern müßten, so zu deuten, wie es von übelwollender Seite geschehen sei.

•

Der fehlende Ernährungsminister. „Der Deutsche" (Nr. 243. — 17. 10.) findet es unerträglich, daß das jetzt wichtigste Ministerium nicht besetzt sei. Man solle nicht warten, bis die hungernden Massen zur Selbsthilfe griffen.

Merkwürdiges.

Der „Vorwärts" schreibt am 14. Oktober bei der Besprechung des Ermächtigungsgesetzes:

„Ein besonderes Kapitel ist die Landwirtschaft. Niemand wird bestreiten wollen, daß ihr mit der Geldentwertung ein Risiko erwächst, das sie nur ungern eingehen kann. Wenn aber verantwortliche Organe der landwirtschaftlichen Unternehmerverbände die Ablehnung der Papiermark förmlich propagieren und ohne Rücksicht auf die wachsenden Ernährungsschwierigkeiten der Verbraucher der Abkehr von der Mark und damit der Warenzurückhaltung das Wort reden, so ist das ein Verbrechen an der Volksgesamtheit. Hier muß unbedingt eingegriffen werden."

Wenn der Handel im Großen mit Getreide spekuliert, wenn gewisse Kreise erhebliche Vermittlungsgewinne im Zwischenhandel einstecken, wenn die Mühlen bei der Verwandlung von Korn in Mehl große Verdienste einstecken, so „wuchert" natürlich der Landwirt, diese Parole sind wir schon längst gewöhnt. Daß aber das sozialistische Zentralorgan nun gegen die Goldmark-Preissetzung in solcher Weise hetzt, berührt angesichts der dauernden Forderung nach Goldmarklöhnen zum mindesten ein wenig eigenartig. Es ist aber wohl die Bankerotterklärung der Seiltänzerkunststückchen auf dem Gebiete der Währung, die uns von der Sozialdemokratie und ihrer Gefolgschaft in so vorteilhafter und einleuchtender Weise kürzlich vorgeführt wurde, die dem „Vorwärts" auf die Nerven geht.

•

Das preußische Ministerium hat beim Reichsrat einen Antrag eingebracht, der, natürlich in verklausulierter Form, die Erhebung einer Zwangsumlage von 3½ Millionen Tonnen Getreide bezweckt. Auch der demokratische Landtagsabgeordnete und preußische Landwirtschaftsminister Wendorff, der doch wohl für die Abfassung dieses Antrages in erster Linie zuständig ist, dürfte in seiner nunmehr pensionsfähigen Dienstzeit genügend Gelegenheit gehabt haben, um festzustellen, daß das Verlangen einer Getreideabgabe gegen neudeutsche Papiermilliarden zum mindesten unbillig ist. Jedenfalls beweist der Antrag eine auch im demokratisch-parlamentarischen System bemerkenswerte „Sachkenntnis" dieses verantwortlichen Sachwalters der Landwirtschaft.

Eigentümlich berührt demgegenüber die Aeußerung des gleichen Ministers vom 13. Oktober, daß der Landwirt auf die Dauer sein Getreide nicht gegen entwertetes Geld abgeben könne, da er seine Produkte nur einmal im Jahre umsetzen könne. Ja, ja, die Demokraten und ihre Wandlungen! Das ist schon keine Drehscheibe mehr, so etwas heißt man im Volksmund „Karussel", eine Bezeichnung, die übrigens auch auf die Politik der Regierung und der großen Koalition im Reichstag von Tag zu Tag mehr paßt.

Wir bringen zur Ergänzung des Vorstehenden noch ein paar Worte aus dem Verlag Mosse, der sich mit einem bemerkenswerten Werturteil über die Demokratie (also über das von ihm so hoch gepriesene System) angesichts der Goldpreisnotierung für Kartoffeln an der Berliner Börse in der „Berliner Volkszeitung" vom 12. Oktober folgendermaßen vernehmen läßt:

„Wir appellieren nicht an die Regierung — das ist nutzlos — wir appellieren an alle im Reiche, die sich noch eine Spur von Menschlichkeit bewahrt haben, dieser frivolen Unmenschlichkeit entgegenzutreten." Und das sagt der bekannte, den Demokraten nahestehende Verlag, dessen Freunde weit mehr noch als manche sozialistische Matadore in einem Glaskasten sitzen, den jeder, der mit gleicher Münze zahlen wollte, sofort mit Hunderten von Steinen einwerfen könnte.

•

Kommunistische Hetze. Die „Rote Fahne" (10. 10.) schreibt, der völlige Marktzusammenbruch führe dazu, daß die Annahme des Papiers noch immer mehr verweigert werde. Wie Graf Westarp erklärt habe, werde das deutsche Volk bei vollen Scheunen verhungern, und zwar, weil Stinnes die Mark ruiniere und Roesicke gegen Mark nicht verkaufe. Sofort müsse der Kampf gegen den Wucher und für Lohnerhöhungen aufgenommen werden.

•

Kartoffelfrage. Der „Vorwärts" schreibt, von den an der Spiritusbrennerei interessierten Kreisen werde ein regelrechter Feldzug zur Freigabe von Kartoffeln für die Brennereien betrieben, was sich das deutsche Volk nach dem schlechten Ausfall der Kartoffelernte nicht leisten könnte. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft solle bedenken, daß die beste Vorkehrung gegen ein Verderben der Kartoffeln eine rasche Belieferung der Großstädte mit ausreichenden Mengen sei. Das Reichsernährungsministerium solle außerdem beachten, ob nicht manche Landwirte die Gefahr des Verderbens der Feldfrüchte sonst mutwillig in Kauf nähmen, um ja nicht mit den Preisen heruntergehen zu müssen.

Wir bringen diese beiden Notizen, damit sich unsere Leser ein Bild machen können von der hervorragenden Sachkenntnis der beiden roten Zentralblätter.

Druck und Verlag: Lippische Vereinsdruckerei Detmold.
Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Piepenbrink, Detmold.

Lippischer Dorfkalender 1924

Bestellungen beim Verlag der „Lippischen Tages-Zeitung" und allen ihren Agenturen.

Thomasmehl

15/19% citr. Phosphorsäure liefert zu billigsten Tagespreisen.

Landwirtschaftliche Ein- und Verkaufszentrale
Saarbrücken 1, Heuduckstraße 7.
Telegramm-Adresse: Bezugszentrale Saarbrücken.

Das Lipperland



Nachrichtenblatt des Lippischen Landbundes

Nr. 16. | Detmold, den 24. Oktober 1923. | 28. Jahrgang

Die Pflicht zur Notwehr!

Unseren grundsätzlichen Ausführungen über dieses Thema wollen wir eigentlich einen Plünderungskalender aus dem letzten Monat vorausschicken, wir sind jedoch leider nicht dazu in der Lage, weil eine Veröffentlichung dieser Zusammenstellung, wenn sie nur einigermaßen erschöpfend sein sollte, zwei volle Nummern des Lipperlandes füllen würde. Wir glauben aber mit Rücksicht auf die den meisten unserer Leser aus der Tagespresse bekannten Plünderungen das nötige Verständnis für die Verpflichtung zur Notwehr voraussetzen zu dürfen.

Wir müssen in mehrfacher Hinsicht von einer „Pflicht zur Notwehr" sprechen. Nicht allein in den Städten ist es in der letzten Zeit zu Plünderungen der verschiedensten Art gekommen, nein auch auf dem Lande, auch außerhalb Thüringens und Sachsens können wir von einer großzügigen „Erfassung der Sachwerte" im kommunistischen Stile sprechen. Aber nicht genug mit dem Diebstahl: unter Duldung staatlicher Behörden, sei sie nun auf Nichtkönnen oder Nichtwollen zurückzuführen, haben sich diese Plünderertrupps bereits Schutzgarden aus den „unbewaffneten" proletarischen Hundertschaften des Herrn Zeigner mitgebracht, die durch ihr Gewehrfeuer jeden Versuch der Besitzer und ihrer Nachbarn, die Räuber abzuwehren, illusorisch gemacht haben.

Tatkräftige Abwehr der Diebe ist für den Landwirt nicht nur eine Folge des eigenen Selbsterhaltungstriebes, sondern auch eine Forderung der Pflicht, dem bedrohten Nachbarn zu helfen. Aber noch einen weiteren, tieferen Grund hat diese Notwehr, es ist die Beantwortung gegen das eigene Volk. Ohne eine gesunde, nicht durch Plünderungen und Raubzüge in ihren Dispositionen behinderte, leistungsfähige heimische Landwirtschaft wird das deutsche Volk nicht leben können. Und wenn kürzlich auf dem Moskauer Land- und Waldarbeiterkongreß den deutschen „Delegierten" eine rote Kampffahne überreicht wurde mit der Inschrift: „Vertreibt die Gutsbesitzer, erstürmt das Kapital", so bestätigt das nur die hierzulande sattsam bekannte Tatsache, daß die Kommunisten erstens keinerlei Verständnis für die Lösung wirtschaftlicher Probleme haben, und daß sie zweitens zielbewußt auf Chaos und Bürgerkrieg hinarbeiten.

Schon pochte das kommunistische Raubtier an die Pforten Lippes in den nördlichen Bezirken. **Wollt ihr weiter träumen, bis es zu spät ist, wollt ihr warten, bis eure Dächer in Flammen aufgehen?** Nein, und abermals nein! Es gilt wach zu sein, wenn der Räuber vor der Tür steht, es gilt den Kampf. **Setzt euch zur Wehr, verteidigt und schützt die Eurigen und eure Habe und um eurer selbst und eures Volkes willen.** Greift zur Waffe, wenn ihr in Not seid oder wenn ihr den Nachbarn in Not seht. Notwehr ist nach den Gesetzen gestattet! Schützt auch der Nächsten Leben, Hab und Gut.

Wer sich in der Stunde höchster Gefahr verkriecht, ist nur noch eines schimpflichen Unterganges wert. Wo der heutige Staat die Rechtsordnung nicht schützt, ist Selbsthilfe vonnöten. Wenn der Glaube an die staatliche Autorität nur noch ein wenig weiter erschüttert wird, (und zu dieser Befürchtung gibt uns das Ministerium Stresemann, ja das ganze neudeutsche parlamentarisch-republikanische System leider allzuviel Veranlassung), dann ist der Fortbestand des Staates überhaupt bedroht. So ist heute Selbstschutz zur vaterländischen Pflicht geworden, ohne daß der Staat deswegen von der Verpflichtung, Leib, Leben, Gut und Ehre seiner Untertanen zu schützen, entbunden werden könnte. Und über den Schutz hinaus muß Sühne und endgültige Verhinderung der Wiederkehr verlangt werden.

Das merkwürdige Vorgehen des lippischen Oberstaatsanwalts bei Frevert-Rieperturm ist allen Lesern noch gut im Gedächtnis. Wir wollen den Fall speziell hier nicht behandeln, möchten aber auf Grund von ähnlichem Vorgehen anderer außerlippischer Behörden (sogenannte „Kontrollkommissionen") die betroffenen Staatsbürger in solchen Fällen zum Nachdenken anregen. Es gibt da im Strafgesetzbuch einige Bestimmungen über die „Begehung von Raub", über „Drohung", „Nötigung", „rechtswidrige Zueignung", „Erpressung", „Mißbrauch der Amtsgewalt", „Sachbeschädigung", „Zusammenrottung", „Landfriedensbruch" und ähnliches, die auch bei behördlicher „Erfassung der Sachwerte" häufig außer acht gelassen wurden. Alles Geschehenlassen ist hier vom Uebel und setzt die Nachbarn nur noch größeren Uebergriffen aus.

Kehren wir nach diesen kurzen Worten, die aber auch hier einmal gesagt werden mußten, zum Kernpunkt des Problems zurück, so stellen wir fest, daß das gesetzliche Recht auf Notwehr heute zur Pflicht geworden ist. Wenn sich in jeder Gemeinde eine Handvoll entschlossener Männer zusammentun und den Erpressern, Plünderern, Einbrechern und Räubern Denkzettel **mit nachhaltiger Wirkung** geben, werden die Zustände bald wieder besser werden. Die Pflicht ruft, drum auf zur Tat!

Aber auch in politischer Beziehung gilt es, endlich wach zu werden. Es geht wahrhaftig ums Ganze. Wer diese Konsequenz trotz der in Thüringen neugeschaffenen „Regierung der proletarischen Verteidigung", angesichts des an öffentlichen Skandal und Hochverrat grenzenden Gebahrens der Regierung des „Freistaats" Sachsen noch nicht zu ziehen gewillt ist, den verweisen wir auf das Motto des kürzlich in Berlin ausgeheckten kommunistischen Arbeitsprogramms: „Wer auf dem Friedhof liegt, rebelliert nicht mehr."

Die Zustände in Sachsen schreien zum Himmel, sie werden sich nie bessern lassen, wenn sich nicht alle Männer, denen deutsches Blut in den Adern fließt, alle Männer, die in heiliger Vaterlandsliebe noch an Deutschlands Zukunft glauben, zusammenfinden im Kampf für Deutschtum, Sitte und Recht, zu aufbauender, schaffender, ganzer Arbeit greifen unter Beseitigung aller Stümperei und aller Halbheiten von heute, wenn wir nicht wieder ein strebsam arbeitendes Volk mit guter deutscher Moral werden, einig und stark, um Schulter an Schulter die Volksgenossen zu befreien, die mit Reitpeitsche und Sklavenfessel von der welschen Tyrannei und ihren schwarzen Schergen täglich aufs neue in der brutalsten Weise vergewaltigt werden. Wer diese Gefahr nicht erkennt, ist nicht wert, wieder bessere Tage zu sehen und sei er heute schon Kanzler oder Präsident. Wir brauchen ganze Kerle. Wer laviert oder verhandelt, kann den hinabrollenden Wagen wohl bremsen, aber nie aufhalten und zurückholen! Darum: Hinweg mit allen Lauen! Werft den Verhandlungstisch um, dann wird auch der Tag kommen, an welchem wir aus der persönlichen Notwehr, zu der wir blutenden Herzens greifen müssen, hinübertreten können in die Volksnotwehr unter der Parole, die trotz aller Friedens- und Verständigungsschalmeien unserer heutigen Machthaber in die Herzen aller

wahren Vaterlandsfreunde mit flammenden Buchstaben eingeschrieben ist, jene in der ernstesten Stunde geschaffene und, wills Gott, durch die Tat zu besiegelnde Parole:

Lieber tot als Sklav!

Mitteilungen der Landwirtschaftskammer

für das Land Lippe, Detmold, Schloßplatz 6.

Frostwarnungsdienst.

Seitens des Meteorologischen Observatoriums zu Aachen werden, wie auch im Vorjahre während der kälteren Jahreszeit bei Eintritt von Frost bezw. bei Umschlag von Frost- und Tauwetter, besondere Wetterberichte ausgegeben. Diese Berichte beziehen sich einmal auf die gegenwärtige Witterung (Temperaturverhältnisse), ferner auf die zu erwartende in nächster Zeit. Diese Berichte stellen die Witterungsverhältnisse in den einzelnen Gebietsteilen Deutschlands dar und zwar nach Geländeabschnitten getrennt, die durch die großen Ströme begrenzt werden. Für alle Fragen der Wirtschaft, namentlich für Lebensmitteltransporte aus Nah und Fern, sowie auch für Transporte anderer durch Frost leicht verderblicher Waren, wie Oele, Schmierfette, Mineralwasser und dergleichen ist dieser Dienst von der größten Wichtigkeit. Das Meteorologische Observatorium Aachen hat sich ständig bemüht, diesen Dienst weiter auszubauen und namentlich durch besonders langfristige Vorhersagen zu ergänzen. Die Auskünfte können telegraphisch oder telephonisch, sowohl täglich als auch gelegentlich bei Eintritt von Frost oder Frostgefahr erteilt werden. Im Interesse unsrer Wirtschaft kann die Benutzung dieses Frostwarnungsdienstes nur dringend empfohlen werden.

An der Wetterdienststelle ist genau bekannt:

1) Das gewesene und augenblickliche Wetter des gesamten Mittel-, Nord- und Südosteuropas zur Zeit der täglichen Morgen- (8 Uhr), Mittags- (2 Uhr) und Abendtermine (7 Uhr), und zwar hinsichtlich Barometerstand, Temperatur, Niederschlag, Bewölkung Windverhältnisse, Himmelszustand. Die Nachrichten gelangen etwa zwei Stunden nach den Beobachtungen bereits zur Kenntnis der Dienststelle.

2) Die Aachener Dienststelle erhält aus ihrem engeren Bezirk Westdeutschlands besonders eingehende Beobachtungen von Stationen, die teils in den Niederungen, teils in den Bergländern liegen, sodann stehen ihr noch die stündlich angestellten Ablesungen bezw. jederzeit auswertbaren lokalen Aufzeichnungen der Registrierapparate in der Beobachtungszentrale selbst zur Verfügung.

3) Auf Grund des unter 1 und 2 angeführten Materials werden Vorhersagen aufgestellt, die auch besonderen Zwecken entsprechend (Lebensmitteltransporte) ausgebaut werden können.

4) Die Einholung derartiger Auskünfte erfolgt am zweckmäßigsten telegraphisch oder telephonisch, vormittags 8 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 6 Uhr. Telegramm- oder Telephongebühren müssen besonders erstattet werden.

Alle weiteren Auskünfte sind beim Meteorologischen Observatorium in Aachen (Abteilung: „Oeffentliche Wetterdienststelle") einzuholen. Telegrammanschrift: „Wetterdienst Aachen", Fernsprecher: „Aachen, Observatorium, Nr. 6122 und 6123." (Dienststunden 8—1 Uhr und 3—6 Uhr.)

*

Im Rundschreiben des Deutschen Landwirtschaftsrats, 41660-W, vom 8. Oktober 1923 werden **Richtlinien über die Versendung von Kartoffeln in das Ruhrgebiet** aufgestellt, denen wir folgendes entnehmen:

Wie die Eisenbahndirektion Essen mitteilt, werden die Kartoffeltransporte, die nach dem Ruhrgebiet gehen, nicht mehr bis zu den Grenzstationen im unbesetzten Gebiet befördert, sondern samt und sonders in das besetzte Gebiet hereingelassen. Zwecks Zollkontrolle findet jedoch an den Grenzbahnhöfen eine Untersuchung der Wagen statt. Zu diesem Zwecke müssen Vorsatzbretter an den Türen angebracht werden, damit die Kartoffeln nicht herausrollen. Die französischen Beamten weisen nicht nur jeden einzelnen Wagen, aus dem Kartoffeln herausrollen, zurück, sondern weisen ganze Züge zurück, wenn auch nur ein einziger Wagen mit den vorgeschriebenen Vorsatzbrettern nicht versehen ist. Derartige Vorkommnisse erschweren den Wagenumlauf und damit die Wagengestellung ganz außerordentlich und verschärfen damit die Schwierigkeiten, die ohnehin für letztere in diesem Jahre ganz außerordentlich große sind. Die Eisenbahnverwaltung sieht sich daher gezwungen, jeden nach dem besetzten Gebiet bestimmten Wagen zurückzuweisen. An Stelle von Vorsatzbrettern können jedoch einige mit Kartoffeln gefüllte Säcke an den Türen niedergelegt werden. Dieses Verfahren erscheint zweckmäßiger als die Anwendung von Vorsatzbrettern und dürfte sich somit empfehlen. Die leeren Säcke werden dem Empfänger am besten sogleich mit in Rechnung gestellt.

Wir fügen ferner noch hinzu, daß die französischen Regiebahnen im besetzten Gebiet für Lebensmitteltransport nicht in Anspruch genommen werden können. Hierzu bedarf es erst Verhandlungen der deutschen Eisenbahnverwaltung mit der französischen Regieverwaltung, die von letzterer bisher jedoch rundweg abgeschlagen worden sind. Soweit deutsche Züge nicht in das besetzte Gebiet gelangen, muß der Transport von Kartoffeln also in Lastwagen oder auf dem Wasserwege erfolgen. Letzteres gilt zurzeit insbesondere für das Rheinland.

Lippischer Landbund

Geschäftsstelle: Lemgo. Auf den Sieben Höfen 139. Fernsprecher 135.

Trotz aller Mühe und fortgesetzten Hinweise in Versammlungen ist der Eingang der Beiträge recht mangelhaft. Bequemer als in diesem Jahre ist eine Beitragsablieferung kaum durchgeführt. Die Roggenbeiträge ermöglichen es, daß diese der nächstgelegenen Mühle, Zweigstellen der Hauptgenossenschaft oder Getreidegeschäften zugeführt werden können. Die Verwertung kann durch den Vertrauensmann oder durch die Geschäftsstelle vorgenommen werden. Eine Verwertung durch die Geschäftsstelle erspart die Ueberweisung des Geldbetrages. In regelmäßigen Zwischenräumen wurden die Vertrauensleute der säumigen Ortsgruppen gebeten, die Beitragsangelegenheit für 1923 vor Einziehung der Beiträge für 1924 zu regeln, um zu verhüten, daß unsere Mitglieder für zwei Jahre auf einmal bezahlen müßten. Nichts ist geschehen: Von hier aus richten wir noch einmal die Bitte an alle Herren Vertrauensleute, soweit es noch nicht geschehen, die Beiträge einzusenden. In nächster Nummer veröffentlichen wir die Namen derjenigen Ortsgruppen, die mit der Beitragszahlung 1923 noch im Rückstande sind.

*

An die Herren Bezirksvorsitzenden!

Gelegentlich der in verschiedenen Ortsgruppen stattgefundenen Versammlungen muß festgestellt werden, daß die wichtigen Beschlüsse der Vertreterversammlung vom 8. Oktober nicht zur Kenntnis unserer Mitglieder gelangt sind. Satzungsgemäß sind halbjährlich Bezirksversammlungen einzuberufen. Diese sollen den Zweck haben, unsere Mitglieder über die Arbeit der Zentrale und der örtlichen Organisation zu unterrichten, Anregungen und Wünsche unserer Mitglieder entgegenzu nehmen, um diese durch die Geschäftsstelle an den Vorstand weiterzuleiten. Jeder Landbundarbeit bleibt der Erfolg versagt, wenn nicht jedes Mitglied in einer Vertrauensstellung voll seine Pflicht tut. Wir bitten, entsprechend dem § 10 Absatz 2 unserer Satzungen zu verfahren.

Gleichzeitig erinnern wir an die vorzunehmenden Neu- bezw. Wiederwahlen. Bis zum 31. Dezember müssen satzungsgemäß alle Wahlen stattgefunden haben. Es wählen die Mitglieder einer Ortsgruppe den Vertrauensmann, seinen Stellvertreter; die Vertrauensleute eines Bezirkes den Bezirksvorsitzenden, seinen Stellvertreter und ein Mitglied in den Landesausschuß. Die Bezirksvorsitzenden und der Landesausschuß wählen den Vorstand.

Wahlrecht muß auch im Landbund Wahlpflicht bedeuten. Nur dadurch wird erreicht, daß alle Vertrauensstellen den Wünschen der Mitglieder entsprechend besetzt werden. Bis zum 30. November bitten wir die Ergebnisse der Geschäftsstelle mitzuteilen.

Rechts- u. Steuernachrichten

Berechnung des Steuerabzugs vom Lohn.

für die Zeit vom . . bis	für Steuerpflicht. u. Ehefrau je	für jedes minderjährige Kind	für Werbungskosten
	ℳ	ℳ	ℳ
(16.—30. 9. 23) Grundzahl	172 800	1 152 000	1 440 000
1.—6. 10. (Meßzahl 6)	1 036 800	6 912 000	8 640 000
7.—13. 10. (Meßzahl 8)	1 382 400	9 216 000	11 520 000
14.—20. 10. (Meßzahl 32)	5 529 600	36 864 000	46 080 000
21.—27. 10. (Meßzahl 210)	36 288 000	241 920 000	302 400 000

Bei der Berechnung der im Wege des Steuerabzugs einzubehaltenden Beträge ist in allen Fällen auf volle Hunderttausend Mark nach unten abzurunden.

Zur Verordnung über die **Aufwertung der Steuern** werden wir in der nächsten Nummer ausführlicher Stellung nehmen, zumal auf diesem Gebiete augenblicklich noch alles im Fluß ist. Jedenfalls bemerken wir einstweilen, daß die geplante Umrechnung nach dem Dollarkurs nur neue Unsicherheit in unser Währungsproblem hineintragen kann. Ganz abgesehen davon, daß der Steuerzahler dann aus dem Rechnen überhaupt nicht mehr herauskommt, wird er, im Norden Lippes zum Beispiel, morgens überhaupt noch nicht feststellen können, was er bis zum Mittag an Steuern bezahlen muß, weil er den Dollarkurs noch nicht kennt. — Ein feines „deutsches" Steuersystem, dieses Ungeheuer mit der Fabrikmarke Erzberger.

Handelsteil

Die Rentenmark das neueste Heilmittel.

Die Regierung beabsichtigt bekanntlich auf Grund des Ermächtigungsgesetzes nunmehr mit der Schaffung der Rentenmark dem Währungsproblem auf den Leib zu rücken und dem inflatorischen Kobold, den das neudeutsche System (von Erzberger bis zu Stresemann großgezogen hat und heute noch weiter großzieht, den Kopf abzuhacken. Wir wollen auf den jüngsten Plan zur Verschleierung der neudeutschen Pleite im einzelnen nicht eingehen; er ist unseren Lesern aus der Tagespresse bekannt. Einige grundlegende Randbemerkungen glauben wir aber nicht verschweigen zu dürfen.

Wenn die Einnahmen und Ausgaben des Reiches nicht vor Schaffung der Rentenmark in Einklang gebracht werden, muß diese die Inflation nur vermehren und muß dasselbe Ergebnis zeigen wie die Abstempelung der Sowjetrubel auf ein Zehntausendstel ihres Wertes im April 1921. Das neue und das alte Zahlungsmittel werden dann mit doppelter oder dreifacher Geschwindigkeit weiter entwertet werden müssen.

Um dieses Schicksal zu vermeiden, bedarf es erstens einer intensiveren Arbeit und einer Mehrarbeit gegenüber dem Trotzdelbetrieb, den die Revolution bei uns vielerorts eingeführt hat. Nur so können Werte geschaffen werden, deren Export uns gegen das Abstießen der deutschen Zahlungsmittel in die Taschen der Ausländer sichern kann.

Zweitens brauchen wir eine vollständige Reformation des Bankwesens. Es geht nicht an, daß Schecks erst nach Tagen oder Wochen gutgeschrieben werden, der ehrliche Mann somit, um große Valutaverluste zu vermeiden, die Annahme von Schecks verweigern muß, sodaß trotz des irrsinnig schnellen Geldumlaufs neue Papiergeldmassen auf den Markt geworfen werden müssen.

Wir möchten in Frage stellen, ob die täglich bei den Finanzämtern eingehenden Steuerbeträge ausreichen, um allein die Kosten des Finanzministeriums u. seiner nachgeordneten Dienststellen zu decken. Ein Abbau ist hier dringend vonnöten, aber nicht auf dem Wege, daß man, wie seinerzeit unter Wirth, zunächst einen Sparkommissar mit dem nötigen Unterpersonal bestellt!

Auch an der weitverzweigten Futterkrippe müßte ein wenig aufgeräumt werden, so schwer das den Koalitionsparteien auch fallen wird. Unnötige Repräsentanten müssen verschwinden, statt dessen gehören Fachleute an diese Posten, die ein wenig von der altpreußischen Sparsamkeit Friedrich Wilhelms I. mitbekommen haben.

Um auch einmal einen einsichtsvollen Politiker aus der großen Koalition zu erwähnen, dessen Augen von der Parteibrille noch nicht ganz ruiniert sind, stellen wir mit dem Abg. Hugo von der Deutschen Volkspartei fest, daß man dem Devisenerfassungskommissar neudeutscher Schöpfung zunächst ein Personal von 400 Köpfen zur Verfügung stellte, die größtenteils nicht etwa von anderen Ressorts übernommene, sondern neuengagierte Privatangestellte sind. Auch Auch solche Mätzchen müssen aufhören.

Mit dem ganzen System der Steuerzahlung muß gebrochen werden. Nicht allein im Norden Lippes sind die Verhältnisse skandalös, nein ähnliches hört man aus allen deutschen Gauen. Wenn der Staat dem Landwirt monatlich mehrere Tage raubt, damit diese seine Steuern auf das Finanzamt bringen kann, dann ist an eine Hebung der Produktion nicht zu denken. Wenn er des weiteren jeden Arbeitgeber, einerlei welchen Berufes, jeden Hausbesitzr und jeden Geschäftsmann zum ehrenamtlichen Steuerbeamten macht und ihn so der produktiven Arbeit entzieht, dann kann es auch nicht besser werden.

Auch die dauernden Arbeitslosenunterstützungen müssen aufhören, denn sie werden die Produktion niemals heben können. Sie stellen vielmehr eine Untergrabung der Volksmoral mit Hülfe des Geldes der Steuerzahler dar. Auf der gleichen Linie liegt auch die eigentümliche Auffassung von der Steuergerechtigkeit, die man im Schlepptau der Sozialisten jüngst zu propagieren beliebt, auf die wir jedoch in diesem Zusammenhange nicht näher eingehen wollen.

Schließlich, und das sei vor allem betont, brauchen wir die endgültige Trennung von dem Verständigungstraum. Fort mit den deutschen Geschäftsträgern in Paris und Brüssel, Verbot des Regie-Eides, Landesverratsprozesse gegen alle, die die deutsche Widerstandskraft unterhöhlen, Einstellung aller Reparation, aktiver Widerstand gegen das Sklavenjoch!

*

Roggenkonten auch in Pommern. Nach der „Pommerschen Tagespost" (16. 10.) hat Freiherr von Wangenheim in einer Versammlung von Vertretern der pommerschen Behörden und der Berufsstände erklärt, der springende Punkt der Ernährungsfrage sei die Währungsfrage. Um dem Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln abzuhelfen, müßten die örtlichen Bestrebungen auf Schaffung von solchen Zahlungsmitteln gefördert werden. Hierzu gehöre in Pommern der Roggengutschein. Die anwesenden Vertreter der Berufsstände und Behörden seien mit Ausnahme der Gewerkschaftsvertreter mit der Ausgabe von Roggenscheinen einverstanden gewesen.

*

Zu dem Kapitel vom **„Wucher" in der Landwirtschaft** entnehmen wir der Reichsamtlichen Statistik eine Uebersicht, die kürzlich vom Direktor des Landbundes Mecklenburg-Schwerin in der „Deutschen Tageszeitung" (19. Oktober) eingehend besprochen wurde. Wir glauben, daß die nackten Zahlen, besonders die in der letzten Spalte, allen denen, die guten Willens sind, einleuchten werden und bringen sie deshalb ohne weiteren Kommentar als wesentliche Ergänzung zu der Statistik unserer Landwirtschaftskammer. Der Vergleich der Friedenspreise mit der Septemberdurchschnittspreisen gibt hiernach folgendes Bild:

Landwirtschaftliche Produkte.

Waren	Menge	Goldpreis 1913 Mk.	Goldpreis Sept. 1923 Mk.	Proz. des Friedenspreises	Proz. des Prod.-unt preis
Roggen	1 Zentner	8,22	5,24	63,6	36,4
Weizen	1 Zentner	9,94	6,59	64,6	35,4
Hafer	1 Zentner	8,11	5,56	68,5	31,5
Gerste	1 Zentner	7,88	7,07	89,5	10,5
Kartoffeln	1 Zentner	2,71	0,56	20,7	79,3
Rindfleisch	1 Pfund	0,88	0,70	79,5	20,5

Landwirtschaftliche Bedarfsartikel.

Waren	Menge	Goldpreis 1913 Mk.	Goldpreis Sept. 1923 Mk.	Proz. des Friedenspreises	Proz. des Friedens preis
Elektr. Strom	1 Kwst.	0,40	0,49	122,5	22,5
Steinkohle	1 To.	12,00	28,09	234,0	134,0
Pflug	1 Stück	68,00	136,00	200,0	100,0
Sense	1 Stück	6,00	7,50	125,0	25,0
Säge	1 Stück	1,80	3,60	200,0	100,0
Beil	1 Stück	6,00	8,00	133,3	33,3
Balken	1 Kubikm.	52,00	76,28	146,3	46,3
Zement	10. To.	315,00	391,75	124,1	24,1

Vermischtes.

Rentenmark. Die „Deutsche Zeitung" (17. 10.) hebt hervor, daß der Angelpunkt der ganzen Währungsfrage in den Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage liege. Mehrlasten zugunsten der Feinde zu tragen, sei die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage. Würden sie dem Reiche aufdiktiert, so sei seine Anleihe von der Rentenbank schnell aufgezehrt, und dann würde die Rentenmark den Weg der Papiermark einschlagen.

Der „Vorwärts" (16. 10.) stellt fest, daß die Arbeiterschaft von der Rentenmark nur soviel zu Gesicht bekommen werde, als sie durch ihre gewerkschaftliche Macht durchsetzen könnte.

Die „Berliner Volkszeitung" (17. 10.) fordert, daß der Rentenbankpräsident gleichzeitig der eigentliche Sparkommissar des deutschen Reiches sein müsse, sonst würde die Inflation doch wieder aufleben.

Die „D. A. Z." (17. 10.) betont, daß die gesamte produktive Wirtschaft ein Interesse an Stabilisierung der Rentenmark habe, was die sicherste Bürgschaft für ein Währungsvertrauen bilde. Währung und Wirtschaft aber ständen und fielen mit der Lösung der Mehrarbeitsfrage.

*

Was geht vor? Am 17. Oktober meldete der „Daily Telegraph" aus Berlin, daß die Reichsregierung den bekannten deutschen Volkswirtschaftler Professor Bonn als Sondervertreter mit bestimmten Aufgaben nach Paris entsenden wolle. In einer Mission der deutschen Regierung sei außerdem der Bankier Sobernheim in Paris.

*

Professor Bonn, von dem vor Jahresfrist ein landwirtschaftlicher Arbeiter in öffentlicher Versammlung „mehr Würde bei der Behandlung des Reparationsproblems" verlangte, dürfte, was seine Vor-